

Der Rat der Stadt Siegen beschließt unter Berücksichtigung der in der Vorlage Nr. 1711/2002 B dargestellten Veränderungen

a) folgende

Haushaltssatzung

Aufgrund der §§ 77 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV NRW S. 666) zuletzt geändert durch Gesetz vom 28. März 2000 (GV NRW S. 245) hat der Rat der Stadt Siegen mit Beschluss vom 27. Februar 2002 folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der **Haushaltsplan** für das Haushaltsjahr 2002, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Stadt Siegen voraussichtlich eingehenden Einnahmen, zu leistenden Ausgaben und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im Verwaltungshaushalt in der Einnahme auf	188.136.300 EURO
in der Ausgabe auf	213.432.530 EURO
im Vermögenshaushalt in der Einnahme auf	41.702.500 EURO
in der Ausgabe auf	41.702.500 EURO

festgesetzt.

§ 2

Der **Gesamtbetrag der Kredite**, deren Aufnahme im Haushaltsjahr 2002 zur Finanzierung von Ausgaben im Vermögenshaushalt (für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen) erforderlich ist, wird auf

3.941.500 EURO

festgesetzt.

§ 3

Der **Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen**, der zur Leistung von Investitionsausgaben und Ausgaben für Investitionsförderungsmaßnahmen erforderlich ist, wird auf

12.895.000 EURO

festgesetzt.

§ 4

Der **Höchstbetrag der Kassenkredite**, die im Haushaltsjahr 2002 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf

70.000.000 EURO

festgesetzt.

§ 5

Die **Steuersätze für die Gemeindesteuern** werden für das Haushaltsjahr 2002 wie folgt festgesetzt worden:

1. **Grundsteuer**

1.1 a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe 190 v. H.
(Grundsteuer A)

1.2 b) für die Grundstücke 390 v. H.
(Grundsteuer B)

2. **Gewerbsteuer** 450 v. H.

§ 6

Nach dem Haushaltssicherungskonzept ist der Haushaltsausgleich im Jahre 2008 wiederhergestellt. Ein originärer Haushaltsausgleich wird danach erstmals im Haushaltsjahr 2003 erreicht. Die im Haushaltssicherungskonzept enthaltenen Konsolidierungsmaßnahmen sind bei der Ausführung des Haushaltsplanes umzusetzen.

§ 7

Im Stellenplan ausgewiesene und mit dem Vermerk „künftig wegfallend (kw)“ bezeichnete Planstellen dürfen nach dem Ausscheiden des jeweiligen Stelleninhabers nicht mehr besetzt werden und sind ersatzlos zu streichen. Soweit sich bei den Beamtenstellen nach Anwendung des § 26 Abs. 1 BBesG und der Stellenobergrenzenverordnung (StOV) vom 8. Dezember 1976 Stellenüberhänge an Stellen für Beförderungssämter ergeben, ist bei der Gesamtzahl der jeweiligen Planstellen der betreffenden Besoldungsgruppe der Vermerk „künftig umzuwandeln (ku)“ anzubringen. Jede dritte freiwerdende und im Überhang befindliche Planstelle der jeweiligen Besoldungsgruppe im Bereich der allgemeinen Verwaltung ist fortwirkend in eine Besoldungsgruppe umzuwandeln, für die Obergrenzen noch nicht erreicht sind. Das gleiche gilt für die technischen Beamtenplanstellen, soweit

die Obergrenzen der Beförderungssämter für diesen Bereich gesondert ermittelt wurden.

Soweit im Stellenplan unabhängig von § 26 Abs. 1 BBesG und StOV der Vermerk „künftig umzuwandeln (ku)“ angebracht ist, sind freiwerdende Stellen dieser Besoldungs- bzw. Vergütungs- oder Lohngruppe entsprechend umzuwandeln.

Gemäß § 3 Besoldungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbesoldungsgesetz - LBesG) wird zugelassen, dass Beamte mit Rückwirkung von höchstens drei Monaten in die höhere Planstelle eingewiesen werden, soweit sie während dieser Zeit die Obliegenheiten des verliehenen oder eines gleichartigen Amtes tatsächlich wahrgenommen haben und die Planstellen, in die sie eingewiesen werden, besetzbar waren.

-
- b) die 8. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 1994 für das Haushaltsjahr 2002 unter Einschluss der mittelfristigen Finanzplanung 2001 - 2005/2008 und unter Berücksichtigung der für den Haushalt 2002 erfolgten Änderungen.